Informationsveranstaltung

Kommunale Wärmeplanung – Zentrale und Dezentrale Wärmeerzeugung zukunftsorientiert nutzen

Dietmar Zahn
Fachverband Sanitär-Heizung-Klima
Baden-Württemberg

Anforderung Klimaschutz

Entwicklungen auf europäischer Ebene:

- Änderung der Richtlinie für erneuerbare Energien → RED III
- Änderung der EU-Gebäuderichtlinie EPBD (*Energy performance of buildings directive)*
  → Gebäudeenergiegesetz
  → Energieeffizienzgesetz

Konsequenzen daraus:

- Einschränkung energetische Nutzung von Holz (primäre / sekundäre Nutzung)
- Nachhaltigkeit gewinnt an Bedeutung
- Verpflichtung zum Einsatz erneuerbarer Energie

Anforderung Klimaschutz

Der Bundestag hat bereits am 28. Oktober 2010 dem

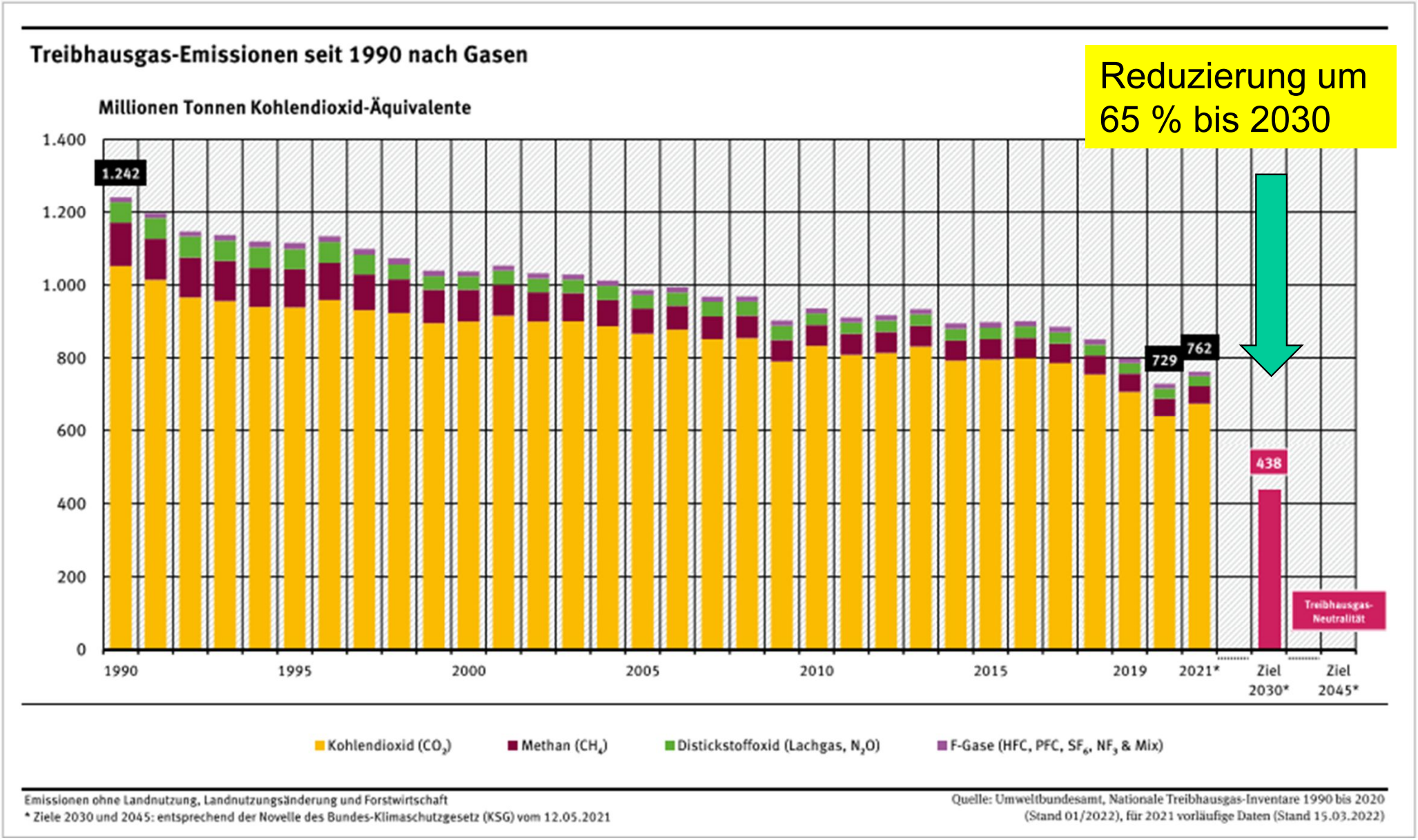
Energiekonzept 2050

der Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und FDP zugestimmt.

Ziele des Konzeptes:

- Reduzierung THG-Emission (Basis 1990) um
  - 40 % bis 2020 (Reduzierung von 41 % erreicht)
  - 55 % bis 2030 (neues Ziel 65 %)
  - 70 % bis 2040 (Treibhausgasneutralität 2045/2040 in BW)
  - 80-95 % bis 2050
- Anteil EE an Stromerzeugung 80 % bis 2050 (jetzt 2030)
- Reduzierung Primärenergieverbrauch um 50 % bis 2050

CO2-Minderungsziel / Dekarbonisierung



Aktuelles Zeitgeschehen

– **Vorgaben für Deutschland**

→ **Das GEG – Gebäudeenergiengesetz 2023**

⇒ **Beschluss** am **8. September 2023** im Bundestag

⇒ **Behandlung** am **29. September 2023** im Bundesrat

⇒ **Inkrafttreten** im **1. Januar 2024**

Wärmeplanungsgesetz – WPG

© AdobeStock/ Oliver Tuffé

Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung
und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze
Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1
Gesetz für die Wärmeplanung
und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Inkrafttreten § 71 (1) → *Termine GEG und WPG*

Bestehende Gebäude und Neubauten außerhalb von Neubaugebieten = Flickenteppich

Die 65 % EE Anforderung gilt

- ab **1. Juli 2026** in Gemeinden über 100.000 Einwohnern
- ab **1. Juli 2028** in Gemeinden bis 100.000 Einwohnern
- in Gemeinden mit einem **Kommunalen Wärmeplan** für **ein Gebiet ein Monat** nach dem in der Gemeinde ein Gebiet rechtsförmlich zum Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen oder als Wasserstoffnetzausbaugebiet im Rahmen eines Kommunalen Wärmeplans ausgewiesen wurde.

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– § 71 (8) Übergangsfristen / Termine GEG und WPG

GEG

Bestandsgebäude

Gemeinde erlässt keine Satzung nach § 71, Abs. 8

Übergangsfristen WPG
Städte
> 100.000 EW: 30.06.2026
bis 100.000 EW: 30.06.2028

Gemeinde erlässt Satzung nach § 71, Abs. 8

GEG greift
1 Monat nach Veröffentlichung kommunaler Wärmeplan
(Wärme-/Wasserstoffnetz ausgewiesen *)

- Heizungstausch: 5 Jahre
- Anschluss Wärmenetz: 10 Jahre
- Etagenheizungen: 13 Jahre
  - → Sanierungskonzept: 5 Jahre
  - → Umsetzung: 8 Jahre

* Nach § 26 WPG in Verbindung mit § 71 Abs. 8 GEG muss die Gemeinde eine kommunale Satzung erlassen, damit eine rechtsförmliche Entscheidung über die Ausweisung als Wärmenetzgebiet (Neu- oder Ausbau) / Wasserstoffnetzgebiet getroffen werden kann!!

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71 Abs. 1 Anforderungen an neu eingebaute Heizungsanlagen Einsatz von mindestens 65 % EE***

→ ***Erfüllungsoptionen***

1. ***Anschluss Wärmenetz / Hausübergabestation*** *(71b)*
2. ***E-Wärmepumpe*** *(71c)*
3. *Stromdirektheizung (71d)*
4. *Solarthermische Anlagen (71e)*
5. ***Biomasse*** */ Wasserstoff, feste Biomasse (71f + 71g)*
6. ***Wärmepumpe-Hybridsysteme*** *(71h)*
7. *Solarthermie-Hybridheizung (71e – h) + Gas-, Biomasse-, Flüssig (71h, Abs. 4)*

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

§ 71 (8) Übergangsfristen / Termine GEG und WPG

Besondere Situation in Baden-Württemberg:

- Nach dem Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg müssen die **Großen Kreisstädte und die Stadtkreise** einen Kommunalen Wärmeplan bis zum 31. Dezember 2023 erstellen. Dies betrifft allein 104 Gemeinden in Baden-Württemberg (in der Regel über 20.000 Einwohnern).
- Damit ein Gebiet für ein Wärmenetz / Wasserstoffnetz rechtsformal im Sinne des § 71 Abs. 8 GEG ausgewiesen werden kann, muss die Gemeinde eine eigene kommunale Satzung veröffentlichen. Die Veröffentlichung des Wärmeplans allein, genügt dafür nicht.
- Nach Aussage der Klimaschutz- und Energieagentur BW besteht die Empfehlung an die Gemeinden, keine eigene Satzung zu erlassen. Aufwändiges Verfahren, da Gebiete für Wärmenetz, Wasserstoffnetz sowie freies Gebiet gegeneinander abgewogen werden müssen.

Beispiel Kommunaler Wärmeplan in Großer Kreisstadt

In diesem Wärmeplan ist ein oder sind mehrere Gebiete (**grundstücksbezogen**) als Neu- oder Ausbaugebiet von Wärmenetzen ausgewiesen.

Die Pflicht zur Nutzung von 65 % EE gilt dann einen Monat nach der rechtsförmlichen Ausweisung für ein Wärmenetz in dem betreffenden Gemeindegebiet nach einer kommunalen Satzung der Gemeinde.

In den übrigen Gemeindegebieten ohne ein vorgesehenes Wärmenetz gilt die 65 % EE – Anforderung ab 1. Juli 2026 (Gemeinde über 100.000 Einwohnern) bzw. ab 1. Juli 2028 (Gemeinde bis 100.000 Einwohnern).

Da die Ausweisung für ein Wärmenetzgebiet grundstücksbezogen erfolgen muss, kann dies dazu führen, dass bei einem Heizungstausch für ein betreffendes Gebäude die 65 % EE-Anforderung gilt, im Nachbargebäude oder in einer Nachbarstraße dagegen nicht.

Konsequenzen WPG

- In BW müssen die Großen Kreisstädte und kreisfreien Städte (104 Gemeinden) bis 31.12.2023 einen Kommunalen Wärmeplan vorlegen
- Nach dem WPG (Entwurf) müssen bundesweit Gemeinden einen Wärmeplan erstellen:
  - über 100.000 Einwohnern bis 30. Juni 2026
  - bis 100.000 Einwohnern bis 30. Juni 2028
- Für BW werden die vorliegenden Kommunalen Wärmepläne im Sinne des WPG (Bestandsrecht) anerkannt, müssen aber spätestens nach fünf Jahren überprüft und ggf. überarbeitet werden
- Im Wärmeplan werden Gebiete für einen Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen ausgewiesen. Es besteht aber keine Verpflichtung, dort ein Wärmenetz zu erstellen!
- Dort, wo kein Wärmenetz / Wasserstoffnetz ausgewiesen ist:
  ➡ Gebiet für dezentrale Beheizung

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 72 Betriebsverbot für fossil betriebene Heizungen***

→ ***Aus für 30 Jahre oder ältere fossil betriebene Heizkessel***

→ ***Ausnahme für NT- und Brennwertkessel (wie bisher)***

→ ***Ausnahme für vom Eigentümer selbst bewohnte EFH / ZFH wie bisher***

Aus für fossil betriebene Heizungen bis 2044

ggf. auch früher, wie in BW (2039?)

→ ***Aussage terranets bw: ab 2040 kein Erdgas mehr in den Verteilleitungen!!***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71j Übergangsfristen Wärmenetze***

Bis zum Anschluss an ein Wärmenetz kann eine Heizung ohne Anforderung 65 % EE eingebaut werden.

- ***Gebäudeeigentümer muss Vertrag zum Anschluss an das Wärmenetz und zur Wärmelieferung nachweisen (siehe Begründung zu § 71j, Nr.1)***

- ***Lieferung von min. 65% EE-Anteil Wärme ab dem Zeitpunkt Anschluss an das Wärmenetz, spätestens 10 Jahren nach Vertragsabschluss***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– § 71j Übergangsfristen Wärmenetze / Begründung

- *Es ist jede Art der Vereinbarung mit dem Wärmelieferanten zulässig, auch eine vorvertragliche Vereinbarung*
- *Die Bedingungen der zukünftigen Wärmelieferung müssen und können hierin zum Teil noch nicht abschließend festgelegt werden*
- *Es genügt daher die Vereinbarung des künftigen Anschlusses und Wärmebezugs*
- *Die Parteien sollen geeignete Rechtsnachfolgeregelung aufnehmen und Rechte, sich einseitig vom Vertrag zu lösen, möglichst ausschließen*

  ➲ **Blankoscheck**

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71j Übergangsfristen Wärmenetze***

Einbau einer Übergangsheizung bis zum Anschluss an ein Wärmenetz / Empfehlung des Gesetzgebers

Öl- oder Gasheizkessel (EWärmeG 15 % EE gilt weiterhin)

- ***über Leasing / Contracting (Laufzeit max. 10 Jahre)***
- ***gebrauchter Heizkessel (derzeit besteht kein ausreichender Gebrauchtwarenmarkt für Heizkessel) Beispiel: intec-heizung.de mit aktuell rund 150 Öl- und Gasheizkessel***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Anforderungen an den Wärmenetzbetreiber

- ***Der Wärmenetzbetreiber muss einen Wärmenetzausbau-Fahrplan und einen Wärmenetzdekarbonisierungs-Fahrplan erstellen und der zuständigen Behörde vorlegen.***
- ***Der Fahrplan muss zwei – dreijährliche Meilensteine für die Erschließung des Wärmenetzgebietes enthalten.***
- ***Verpflichtung gegenüber dem Gebäudeeigentümer, dass das Wärmenetz innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens 10 Jahre nach Vertragsabschluss in Betrieb genommen wird.***
- ***Er muss diese Angaben gegenüber dem Gebäude-eigentümer auf Anforderung schriftlich bestätigen***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

- ***Verfahren, wenn das Wärmenetz nicht innerhalb der Fristen weiterverfolgt wird***
- ***Bescheid der zuständigen Behörde mit öffentlicher Bekanntgabe an den Wärmenetzbetreiber***

➢ ***Alle Heizungsanlagen, die in dem betreffenden Gebiet bis zu einem Jahr nach dem Bescheid eingebaut wurden, müssen die Anforderung 65 % EE innerhalb von drei Jahren nach dem Bescheid erfüllen.***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Verfahren, wenn die Heizungsanlage nicht nach Ablauf der Frist nach dem Vertrag bzw. spätestens 10 Jahre nach Vertragsabschluss über das Wärmenetz mit mind. 65 % EE Wärme betrieben oder versorgt werden kann

- ***Der Gebäudeeigentümer ist verpflichtet, die Anforderung mind. 65 % EE für seine Heizungsanlage spätestens drei Jahre nach Ablauf der Frist einzuhalten***

- ***In den vorgenannten Fällen hat der Gebäudeeigentümer einen Anspruch an den Wärmenetzbetreiber auf die Erstattung der daraus entstehenden Mehrkosten.***
  Die gilt nicht für die Fälle, wenn der Wärmenetzbetreiber die Entstehung der Mehrkosten nicht zu vertreten hat
  ➡ ***kein Verschulden des Wärmenetzbetreibers***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71k Einsatz von Gas und Wasserstoff theoretischer Ansatz, falls ein Gebiet zukünftig mit genügend Wasserstoff versorgt werden kann***

→ *WE muss 100% H_2 tauglich sein (H2-ready)*
  ⇒ *Bis zum **31.12.2044** vollständig mit Wasserstoff versorgt*
    - *Fahrplan durch Gasnetzbetreiber bis zum 30.06.2028, wie die Umstellung einschließlich der Netzinfrastruktur bis zum 31.12.2044 erfolgen soll*
  ⇒ *Zwischenschritte bis 2035 und 2040*

→ *werden Bedingungen nicht eingehalten:*
  ⇒ *Anlagenbetreiber zur Umsetzung 65%-EE verpflichtet*
  ⇒ *Anlagenbetreiber hat rechtlichen Anspruch gegenüber Gasnetzbetreiber zur Übernahme der Mehrkosten*

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– § 71 Anforderungen an Heizungsanlagen

1. Hausübergabestation zum Anschluss an Wärmenetz (71b) in Verbindung mit §§ 29 – 31 WPG (Entwurf)

- Bestehendes Wärmenetz mit weniger als 65 % EE-Anteil
  ab 2030 Anteil von mind. 30 % EE
  ab 2040 Anteil von mind. 80 % EE
- Neu erstelltes Wärmenetz Anteil von mind. 65 % EE
- Generell ab 2045 vollständig mit EE-Wärme gespeist werden

Anmerkung: Es bestehen noch einige Ausnahmen und Übergangsregelungen sowie eine Begrenzung Einsatz von Biomasse

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– *§ 71 Anforderungen an Heizungsanlagen*

2. E-Wärmepumpe (71c)

Die Wärmepumpe muss vollständig den Wärmebedarf des Gebäudes decken. Kleinere Wärmepumpe und Zusatz Stromheizung über Heizstab ist nicht zulässig.

Dies gilt auch für den Fall, wenn mehrere Gebäude über ein Gebäudenetz versorgt werden und das Wärmenetz mit einer Wärmepumpe betrieben wird.

Absatzzahlen Wärmepumpen

Wärmepumpen-Hochlauf

Ab 2024 Einbau von jährlich 500.000 WP

Bestand von derzeit 1,4 Mio. WP auf 6 Mio. WP bis 2030

1. Halbjahr 2023 rund 200.000 WP eingebaut

Konsequenzen WP-Hochlauf

„Gretchenfrage“: Steht genügend Strom für den massiven Zubau von Wärmepumpen und E-Mobilität zur Verfügung?

- Der Gesetzgeber plant eine Änderung des Energiewirtschafts-gesetzes ab 2024. Ziel:
  Steuerbarkeit der Stromaufnahme von WP + E-Autos, z.B.
  Drosselung Wall-Boxen auf 3,7 kW bei zu hohem Strombedarf
  Bei WP bis zu 2 Stunden Betriebsunterbrechung pro Tag

- Ab 2025 Auslieferung von Smart-Metern (Die Größeneinteilung ab 50.000 Haushalte für die EVU soll entfallen)

- WP müssen SG-Ready sein, für Anschluss an Smart-Meter

- Ortsnetze: Steuerung Stromangebot, Optimierung und Ausbau

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– *§ 71 Anforderungen an Heizungsanlagen*

3. Stromdirektheizung (71d)
(Gilt auch für Strom-Speicherheizungen)

- *Im Neubau muss das Gebäude den mittleren U-Wert des Referenzgebäudes um **mindestens 45 %** unterschreiten*
- *Beim Einbau in ein bestehendes Gebäude muss der mittlere U-Wert um **mindestens 30 %** unterschreiten*
- *Bei Ersatz einer WW-Zentralheizung mit einer Elektro-Direktheizung muss der mittlere U-Wert um **mindestens 45 %** unterschritten werden*
- ***Gilt nicht bei selbstbewohnten 1-2-Fam.-Häuser***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71e Solarthermie***
Einhaltung der „Solar Keymark“ Zertifizierung (BAFA-Liste der förderfähigen Kollektoranlagen)

– ***4. § 71f Biomasse / grüner oder blauer Wasserstoff***

→ ***Einhaltung der Biomassestrom-NachhaltigkeitsVO***
⇒ ***Betroffen ist z. B. die Erzeugung von Biomethan***
⇒ ***Umsetzung der RED II in deutsches Recht***
⇒ ***Konsequenzen aus Novellierung RED III nicht abschätzbar***

Biomasse / grüner Wasserstoff wird in absehbarer Zeit nicht wesentlich für Gebäudebereich zur Verfügung stehen

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71g feste Biomasse – also Holz***

Kessel zur Verbrennung von Stückholz, Pellets oder Hackschnitzel, auch automatisch beschickter Pelletofen

- ***Im GEG sind keine Anforderungen mehr zum Pufferspeicher, Kombination mit Solarthermie / WP sowie Staubfilter enthalten.***

- ***Aber Einhaltung der Anforderungen 1. BImSchV sowie bei Förderung die Anforderungen der BAFA / BEG***

Gebäudeenergiegesetz (GEG)

– ***§ 71h Wärmepumpe-Hybrid-Anlagen***

→ ***WP im Vorrang, Betrieb bivalent-parallel / bivalent-teilparallel / bivalent-alternativ***

→ ***gemeinsame, fernansprechbare Steuerung***

→ ***Öl-/Gaskessel-Brennwert als Spitzenlastkessel***

→ ***Biomassekessel***

→ ***Thermische Leistung der WP min. 30% der NWL des Spitzenlastkessel (40 % bei bivalent-alternativ)***

⇒ ***NWL WP bezogen auf Teillastpunkt A nach DIN EN 14825 bei einer Außenlufttemperatur von – 7°C (Angaben durch die Hersteller)***

Abschließende Bemerkungen

- *Es geht nicht um die Frage zentrale oder dezentrale Beheizung*
- *Einsatz zentraler bzw. dezentraler Heizung dort wo sinnvoll, wirtschaftlich und dem Kundenwunsch entsprechend*
- *Wir lehnen aber einen **Anschluss- und Benutzungszwang** ab. Dies gilt insbesondere für den Gebäudebestand*
- *Nach Urteil Verwaltungsgericht Sigmaringen kann ein Anschluss- und Benutzungszwang nur für gemeindeeigene Wärmenetze beschlossen werden, nicht für Wärmenetze, die durch Dritte betrieben werden (9 K 338/16 vom 1. Februar 2018)*

Abschließende Bemerkungen

- *Im Kommunalen Wärmeplan sollen Gebiete für Wärmenetze **und** Gebiete für eine dezentrale Beheizung ausgewiesen werden*
- *Nach dem Wärmeplanungsgesetz besteht eine Koexistenz zwischen Wärmenetzen und der dezentralen Beheizung*
- *Es besteht keine Verpflichtung, dass in einem ausgewiesenen Gebiet für ein Wärmenetz auch ein Wärmenetz aufgebaut wird*
- *Im Hinblick auf den Klimaschutz werden beide Beheizungssysteme als gleichwertig angesehen*

Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit